

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
01.08.2017, 14:30 bis 17:30 Uhr*

Vorsitz: Christina **Wurzinger**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Bernadette **Feuerstein**

Martin **Ladstätter**

Erich **Schmid**

Christina **Wurzinger**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Gunther **Trübswasser**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johanna **Mang**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Christine **Steger**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Petra **Derler**

Volker **Frey**

Erich **Girlek**

Julia **Jungwirth**

Elisabeth **Szymanski**

Büro: Wolfgang **Iser**

Sozialministeriumservice:

Patrick **Berger**

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor: Tagesordnung, Protokoll der letzten Sitzung, Entwürfe zu Stellungnahmen „Partnerschaft und Familie“ sowie „Vorurteile und Bewusstseinsbildung“.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokolle der letzten Sitzungen

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen.

3. Strukturreform Monitoringausschuss

Die Vorsitzende berichtet über ein Telefonat mit Alexander Miklautz vom Sozialministerium. Es gebe immer noch Bestrebungen, den Gesetzesentwurf einzubringen.

4. Stellungnahme „Partnerschaft und Familie“

Der vorliegende Entwurf wird diskutiert. Ergänzungen und Präzisierungen werden noch in folgenden Bereichen angeregt:

- Beziehung von Rechtslage und Praxis
- Unterstützungsdienste für Familien
- Sexualität von Menschen mit Behinderungen; Qualitätsmanagement in Einrichtungen
- Adoption und Pflegestellenbewilligungen, Verfahren auf Grundlage objektivierbarer Kriterien
- Verhältnis Volksanwaltschaft – Länder im OPCAT-Bereich; auf den Volksanwaltschaftsbericht 2016, „Präventive Menschenrechtskontrolle“ wird verwiesen.

5. Stellungnahme „Vorurteile und Bewusstseinsbildung“

Der vorliegende Entwurf wird diskutiert. Ergänzungen und Präzisierungen werden noch in folgenden Bereichen angeregt:

- Rolle der sozialen Medien im Bereich Bewusstseinsbildung
- Prüfung des Vorliegens von Studien (Österreich und international); Anregung einer Folgeerhebung zur Pernegger-Studie nach einigen Jahren
- Begriff Vorurteil
- zwingende Nutzung von Online-Angeboten als soziale Barriere
- Wechselwirkung von Gesetzgebung und Bewusstseinsbildung
- Handlungsempfehlungen 21 und 22 des Fachausschusses

6. Öffentliche Sitzung Burgenland

Das Büro berichtet über die Barrierefreiheits-Situation der beiden möglichen Standorte *Kulturzentrum Eisenstadt* und *Technologiezentrum Eisenstadt*.

Der Ausschuss entscheidet sich für das Kulturzentrum. Betreffend den Termin wird das Büro eine Doodle-Umfrage veranlassen.

Das Büro wird noch weiter betreffend die Barrierefreiheit der Anreise recherchieren (Zugsverbindungen und Überlandbusse).

7. Staatenprüfung 2018

Die Vorsitzende berichtet über ein am 28.08.2017 in Salzburg stattfindendes Treffen mit den Länder-Überwachungsorganen betreffend die Koordinierung der Berichte nach Genf.

8. Berichte

Die Vorsitzende und Martin Ladstätter berichten über eine Veranstaltung des Bundesministeriums für Justiz zur Präsentation eines Entwurfs einer Novellierung des Maßnahmenvollzugs. Der Rechtsschutz werde ein wenig verbessert, es sei aber nicht mehr geplant, den Entwurf noch in dieser Regierungsperiode einzubringen. Nach den Wahlen werde es einen weiteren Termin geben. Die Vorsitzende wird einen Brief an den Justizminister schreiben, in dem vermehrte Partizipation eingefordert wird.

9. Nächste Termine

Die nächsten Sitzungen des Ausschusses finden jeweils im Saal IV des Sozialministeriums statt am:

12.09.2017 ab 14:30 Uhr bis ca. 17:00,

03.10.2017 ab 14:30 Uhr bis ca. 17:00,

10. Allfälliges

- Christine Steger gibt bekannt, dass sie für den Nationalrat kandidieren werde. Die Mitglieder kommen überein, dass sie in der bloßen Kandidatur keine Interessenskollisionen betreffend ihre vorübergehende weitere Funktionsausübung im Ausschuss erkennen.
- Volker Frey berichtet von Novellenentwürfen zum Tiroler Antidiskriminierungsgesetz und zum Tiroler Volksanwaltschaftsgesetz.
- Johanna Mang regt an, die Sustainable Development Goals (SDG; Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN) für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.
- Erich Schmid weist auf den Termin der öffentlichen Sitzung des Wiener Ausschusses am 12.10.17 hin. Der Österreichische Behindertenrat werde eine Befragung von PolitikerInnen zu deren Behindertenpolitik vornehmen und die Ergebnisse auf die Website stellen.

Christina Wurzinger (Vorsitzende)

Volker Frey (Schriftführer)